

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Eid und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/5150 —

Pressemeldungen über Differenzen innerhalb der Bundesregierung
zur Namibia-Politik

Der Bundesminister des Auswärtigen – 011 – 300.14 – hat mit Schreiben vom 21. März 1986 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die vorgesehene Verabschiedung der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN zur „Namibia-Politik der Bundesregierung“ durch das Bundeskabinett am 19. Februar 1986 wegen politischer Differenzen innerhalb der Regierungskoalition auf unbestimmte Zeit vertagt wurde (siehe den Bericht von Robert von Lucius in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 26. Februar 1986)?

Nein.

2. Trifft es zu, daß das Auswärtige Amt, aber auch das Bundeskanzleramt, auf der Fortgeltung der vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschlossenen Resolution 435 beharren, während der CSU-Vorsitzende Strauß und eine steigende Zahl von Abgeordneten der CDU und der FDP der Meinung sind, daß die von Südafrika installierte sog. Übergangsregierung Unterstützung verdient?

Die Haltung der Bundesregierung zu Namibia ist hinlänglich bekannt. Sie ist in der Antwort auf die Große Anfrage der Abgeordneten Hauchler, Verheugen u. a. und der Fraktion der SPD (Drucksache 10/833) enthalten.

3. Kann es die Bundesregierung verwundern, daß die Absage an den UNO-Rat für Namibia, im Mai 1986 eine internationale Namibia-Konferenz in Bonn durchzuführen, vor dem Hintergrund dieser internen Differenzen dahin gehend interpretiert wird, daß die Bundesregierung die internationale Kritik an ihrer Namibia-Politik fürchtet?

Die in der Frage liegende Unterstellung ist unzutreffend.

4. Wie gedenkt die Bundesregierung die Differenzen in der Koalition zu lösen, und wann ist mit einer Beantwortung der Großen Anfrage zu rechnen?

Mit einer Beantwortung der Großen Anfrage ist zum frühestmöglichen Termin zu rechnen.

5. Warum hält die Bundesregierung die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN zur „Finanzierung der Apartheid in Südafrika und Namibia durch bundesdeutsche Banken“ zurück, obwohl die Bearbeitung abgeschlossen zu sein scheint?

Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN zur „Finanzierung der Apartheid in Südafrika und Namibia durch bundesdeutsche Banken“ wird zum frühestmöglichen Termin ergehen.

6. Trifft es zu, daß die Antwort wegen der Höhe der bundesdeutschen Kreditgewährung nicht ganz unproblematisch ist?

Nein.